

Munitionsaltlasten vergiften Verbraucher
Kampfstoff – frisch auf den Tisch

► Seite 7



Aquakultur ist keine gute Alternative
Die Blutspur der Shrimpszucht

► Seite 11

UNO diskutiert globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda – Umsetzung muss auch hier geschehen

Weltziel für Meeresschutz: Eine gewaltige Aufgabe

VON MARIE-LUISE ABSHAGEN*

Auf UN-Ebene läuft derzeit die Debatte um die Formulierung von Zielen für nachhaltige Entwicklung, die ab 2016 weltweit als Richtlinie und Werkzeug für Entwicklungs- und Umweltpolitik dienen sollen. Nach aktuellem Stand steht auch ein umfangreiches Meeresziel auf der Vorschlagsliste. Ob dieses es aber im September 2015 in die Schlusserklärung schaffen wird, muss sich zeigen. Was die Ziele für Deutschland bedeuten, muss jetzt diskutiert werden.

Zunächst gab es die acht so genannten Millennium-Entwicklungsziele (MDG – für „millennium development goals“). Im Jahr 2000 von der UNO verabschiedet (1), sollten sie helfen, Armut und Hunger in der Welt zu bekämpfen, Mütter- und Kindersterblichkeit zu reduzieren, Grundschulbildung zu fördern, HIV und Malaria zu bekämpfen, die Geschlechter gleichzustellen und Entwicklungsprogramme zu fokussieren. Deadline: Ende 2015 – noch ein Jahr also zur Erreichung, bei genauem Hinschauen eindeutig nicht genug. Weltweit herrschen weiterhin Hunger und Armut, leiden Kinder und Frauen unter doppelter Diskriminierung, breiten sich schreckliche Krankheiten aus, wie die Ebola-Epidemie in Westafrika zeigt. Nicht fehlen dürfen in der Auflistung Zerstörungen durch Klimawandel, Raubbau an der Natur, Menschenrechtsverletzungen, Ausbreitung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten.

Diese Realität der MDG-Defizite war für die UN-Mitgliedsstaaten Anlass, 2010 einen Prozess ins Leben zu rufen, um die MDG zu verlängern und zu überarbeiten. 2012 auf dem Rio+20-Gipfel der Konferenz über nachhaltige Entwicklung wurde diese Idee neu diskutiert und beschlossen, sich nicht länger nur auf klassische Entwicklungsziele wie Gesundheit, Armutsreduzierung und Geschlechtergerechtigkeit zu konzentrieren. Vielmehr soll ein holistischer Katalog Entwicklung, Umweltschutz und Nachhaltigkeit in sich vereinen: die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG – „sustainable development goals“). Im Juli 2014 hat eine Offene Arbeitsgruppe (OWG) von UN-Mitgliedsstaaten nach gut anderthalb Jahren Arbeit und zahlreichen Konsultationen unter anderem mit der Zivilgesellschaft einen solchen Zielkatalog vorgeschlagen.

Eines der 17 Ziele dieses Berichts befasst sich mit dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung von Ozeanen, Meeren und Meeresressourcen (Ziel 14, mit sieben Unterzielen). Die

Existenz dieses Meeresziels ist durchaus bemerkenswert. Erst im Februar 2014 war das Thema auf einer Sitzung der OWG diskutiert worden; ob der Vielfalt zu behandelnder Themen galt ein eigenständiges Meeresziel lange als unwahrscheinlich. Unterstützung fand es von Anfang an insbesondere durch Inselstaaten und -staaten. Aber auch andere UN-Mitglieder, zumeist aus dem globalen Süden, sprachen sich bald deutlich für die Funktion der Meere und Ozeane als Querschnittsthema aus und betonten ihre Bedeutung für Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, menschenwürdige Arbeit und den Klimawandel.

Trotz des Erfolges, die Meere als zentrales Element einer globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik anzuerkennen, ist über ihre Rolle in den SDG noch nicht abschließend entschieden. Auf Grundlage des OWG-Papiers und eines zusammenfassenden Berichts des UN-Generalsekretärs soll es ab Januar 2015 zwischenstaatliche Verhandlungen geben. Aus diesen soll dann bis September 2015 erst die Zielagenda hervorgehen.

Während einige Staaten die bisherigen SDG-Vorschläge eins zu eins übernehmen wollen – vor allem die „Gruppe der 77“ (2) –, gibt es andere (wie die besonders aktiven Briten) mit mehr oder weniger starker Lobbykraft, die klar eine zahlenmäßige Reduzierung der Ziele fordern: zum einen unter dem Vorwand der besseren Kommunizierbarkeit einer überschaubaren Zahl von SDG, zum anderen aufgrund politischer Präferenzen, beispielsweise Aspekte wie Umweltschutz oder Gleichberechtigung in und zwischen Staaten so bedeutungslos wie möglich in der Agenda verankert zu haben. Das kommende halbe Jahr wird zeigen, welche Gruppe sich durchsetzen kann.

Politischer Knackpunkt ist die angestrebte Universalität der Agenda: Die SDG sollen eben nicht nur für Entwicklungsländer, sondern

FOTOS: (2) BURKHARD ILSCHNER



müssen weltweit für alle Staaten gelten. Somit stellen sich auch hier vor Ort, in Deutschland und Europa, ganz klare Fragen zu ihrer Umsetzung. Bisher jedoch konzentriert sich die Debatte eher auf Konsequenzen für Länder des globalen Südens – und das, obwohl die SDG sich vielfach auch auf hiesige Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auswirken werden. Das Meeresziel zeigt, wie hochinteressant und gleichzeitig hochkomplex eine solche Umsetzung für Deutschland und die EU wäre.

Zum Beispiel Unterziel 14.1: „...bis 2025 Vermeidung und signifikante Reduzierung der Meeresverschmutzung, insbesondere durch landbasierte Aktivitäten, darin einbezogen Treibgut und Nährstoffverschmutzung“. – Fakt ist: Mehr als 60 Millionen Tonnen Müll werden pro Jahr ins Meer eingetragen, 80 Prozent dieser Einträge stammen von Land, aus kommunalen Abwässern, Auswaschungen von Mülldeponien, illegaler Entsorgung und Tourismus. Laut Umweltbundesamt befinden sich allein auf dem Meeresboden der Nordsee geschätzte 600.000 Kubikmeter Müll (3). Auch der Eintrag von Nährstoffen durch die Landwirtschaft ist extrem. Der Einsatz von Düngemitteln und Gülle in Mengen, die von Pflanzen und Boden gar nicht mehr aufgenommen werden können, führt dazu, dass diese Nährstoffe über kurz oder lang über Flüsse oder durch Wind im Meer landen. Hohe Zunahme an Nährstoffen löst dort explosionsartiges Algenwachstum aus, das wiederum extrem viel Sauerstoff benötigt. Tiere und Pflanzen in diesen Schichten sterben zwangsläufig ab und es entstehen tote Zonen, in denen kein Leben mehr möglich ist. Auch die Ostsee ist von der Bildung solch toter Zonen betroffen (4).

Soll das Meeresziel in Deutschland und der EU nun ernsthaft umgesetzt werden, sind die gewohnten Produktions- und Konsummuster und ihr Einfluss auf die Meere radikal zu überdenken,

- beispielsweise die Produktion von Plastiktüten, von denen alleine in Deutschland etwa sechs Milliarden jährlich verkauft werden (5) und die im Meer bis zu 20 Jahre brauchen, um sich zu zersetzen (6);
- oder das achtlose Wegwerfen von Zigarettenkippen, die bei Strandentmüllungsaktionen zu den am häufigsten gefundenen Müllgegenständen gehören und nicht nur Plastikfasern, sondern auch Gifte in die Meere tragen (7);
- oder das Beharren auf Massentierhaltung und Monokulturen in der Landwirtschaft, mit exzessivem Einsatz von Dünger und Pestiziden, die (siehe oben) schließlich im Meer landen;
- oder die enormen Mengen an CO₂, die aufgrund enormen Energieverbrauchs und der



fortlaufenden Nutzung fossiler Energiequellen in die Atmosphäre geblasen werden und den Klimawandel „befeuern“;

- oder den Überkonsum an Fisch, der mittlerweile so groß ist, dass deutsche VerbraucherInnen statistisch gesehen im Jahr 2014 schon ab dem 6. April nur noch importierten Fisch gegessen und so nicht nur die weltweiten Fischvorkommen radikal reduziert, sondern auch die Ernährungssicherheit in Ländern des globalen Südens gefährdet haben (8).

All dies und mehr führt zu der brisanten politischen Frage, zu welchen Maßnahmen die Bundesregierung, aber auch die KonsumentInnen bereit sind. Zwar unterstützt die Bundesregierung die Schaffung eines eigenständigen Meeresziels im Schlussdokument, die Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Umsetzung der SDG in Deutschland bleibt bisher aber zweitrangig. Auch der Versuch des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), hier mit einer „Zukunftscharta“ eine Grundlage zu schaffen, ist losgelöst von den Debatten der OWG und bleibt nicht nur bezüglich der Meerespolitik in bekannten Feststellungen ohne Handlungsempfehlungen stecken. Bis zum September 2015 muss die Bundesregierung hier nachlegen, denn damit die geplanten 15 Jahre zur Umsetzung der SDG effektiv genutzt werden, darf eine Auseinandersetzung mit der konkreten Umsetzung in Deutschland nicht auf die Zeit nach der endgültigen Verabschiedung der Agenda vertagt werden.

Gleichzeitig sind aber auch die KonsumentInnen gefragt und gefordert. Denn wenn weiterhin unbesorgt und unkritisch konsumiert, Ressourcen nicht wertgeschätzt und leichtsinnig verschwendet werden, wenn das eigene Wohlbefinden und die eigene Bequemlichkeit

über die Interessen der Menschen im globalen Süden gestellt werden, wenn alle und alles nur auf die Politik oder den ominösen „Markt“, der alles richten soll, schielen – dann nützt am Ende auch das schönste Meeres-SDG nichts. ◀

ANMERKUNGEN:

- * Marie-Luise Abshagen ist Referentin beim Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) in Berlin zum Thema Post-2015-Agenda; Kontakt: abshagen@forumue.de
- 1. <http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklarung.pdf>
- 2. Die „Gruppe der 77“ (G 77) ist ein loser Zusammenschluss überwiegend so genannter Drittstaaten mit mittlerweile 130 Mitgliedern – <http://www.g77.org/>
- 3. Umweltbundesamt: Was ist über die Belastungssituation der deutschen Meere bekannt?; August 2013 – <http://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/was-ist-ueber-die-belastungssituation-der-deutschen>
- 4. BUND: Nord- und Ostseeschutz beginnt auf dem Acker! Wie die Eutrophierung die biologische Vielfalt in unseren Meeren bedroht; – http://www.bund.net/themen_und_projekte/meeresschutz/belastungen/landwirtschaft/
- 5. „Reset“: Du hast genug vom Plastikwahn? Es geht auch anders!; – <http://reset.org/act/du-hast-genug-vom-plastikwahn-es-geht-auch-anders>
- 6. „World Ocean Review“, Band 1, Seite 87 – <http://worldoceanreview.com/wor-1/verschmutzung/muell/>; siehe auch nachfolgenden Artikel Seite 23 ff.
- 7. BUND: Müllsammel-Aktion; Zigarettenkippen wie Sand am Meer; September 2014 – http://www.bund-ostholstein.de/umwelthaus_neustaedter_bucht/aktuell/
- 8. Kriener, Manfred: „Die deutsche Fischtheke ist leer“; in: „Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung“, Ausgabe 2 / 2014, Seite 11.